INFO UNDOGMATISCHER BERLINER GRUPPEN 2

10.3.74 WÖCHENTLICH DM 0.50

INHALT

PUTTE - Termine S. 2

Aktionswoche des FRAUENZENTRUMS S. 3

NEUE KREUZBERGER KINDERGRUPPE S. 4

Mietkampf im Wohnheim S. 5

Ferien mit Arbeiterkindern S. 6

PH-Berlin S. 8

LEHRLINGSAUSBILDUNG S.9

Plenumsdiskussion S.13

Zum neuen INFO S.14

Berufsverbot für Sybille Plogstedt S.15

Anschrift:

INFO UBG c/o RC

1 Bln 21

Stephanstr.6o

tel: 395 8o 83

Bürozeiten: Mo - Fr 17 - 19 Uhr und So ab 18 Uhr (Redaktionsschluß)

JUGENDZENTREN KONTRA KPD

Offener Brief der Initiativgruppe Westberliner Jugendzentren an die KPD, den KJV, den KOV, den KSV, die Liga gegen den Imperialismus und die diversen Kampfkomitees.

Mitglieder Eurer Organisationen haben wiederholt in verschiedenen Westberliner Jugendzentren und -heimen unter dem Vorwand solidarischer Unterstützung das Vertrauen der dort arbeitenden Jugendlichen mißbraucht und Vereinbarungen gebrochen. Zum Beispiel wurde in Euren Flugblättern über die PUTTE durch die Aufmachung der Eindruck erweckt, die Putte sei eine Untergruppierung des KJV. Ein Flugblatt der Liga wurde u.a. mit "Prisma-Kollektiv" unterzeichnet, obwohl es dieses Kollektiv gar nicht gibt und kein Mensch im Prisma von dem Flugblatt wußte.
Obwohl dieses Vorgehen wiederholt von uns kritisiert wurde, erschien vor kurzem wieder ein Flugblatt des KJV, in dem fälschlicherweise behauptet wird, daß Mitglieder des KJV in der PUTTE und im Georg-von-Rauch-Haus mitarbeiten. Zusagen, künftige Flugblätter vor Erscheinen gemeinsam zu besprechen, wurden wiederholt nicht eingehalten.
Mitglieder Eurer Organisationen erscheinen immer nur dann bei uns, wenn es

was zu bequatschen gibt und nie, wenn handfeste Arbeit ansteht. Bei Diskussionen unterdrückt Ihr meistens die Bedürfnisse der Jugendlichen, indem Ihr laufend über abgehobene Dinge (z.B. Ziele und Politik Eurer Partei bzw. Organisation) redet und die Leute damit vergrault.
Das Rauch-Haus hat seine Stellungnahme in einem Brief an den KJV s hon klargemacht. Wir sind ebenfalls der Meinung, daß Euer Verhalten nicht mit "technischen Pannen" oder "individuellen Fehlern" zu erklären ist, sondern daß sich darin Eure grundsätzliche politische Linie zeigt. Ihr versucht, Euch Initiativen, die Ihr nicht angeleiert habt, unter den Nagel zu reißen; nicht um die Jugendlichen zu unterstützen, sondern um Eigenwerbung zu betreiben. Und das alles unter dem Deckmantel der Solidarität.
Die Jugendzentren und Jugendzentrumsinitiativen, die durch Euch in ihrer Arbeit behindert werden, haben beschlossen, Euch Hausverbot zu erteilen, wenn sich Euer Verhalten uns gegenüber nicht grundlegend ändert.
Dieses Hausverbot tritt sofort in Kraft, wenn dieser Offene Brief nicht ungekürzt in der jeweils nächsten Nummer der "Roten Fahne", der "Kämpfenden Jugend", des "Schulkampf", der "Dem Volke dienen" und der "Internationalen Solidarität" sowie die Stellungnahme des Rauch-Hauses in der nächsten KJ abgedruckt wird.

Initiativgruppe Westberliner Jugendzentren

PUTTE
Jugendzentrum Prisma
Geor -von-Rauch-Haus
Jugendzentrumsinitiative Heerstr. Nord
Tommy-Weissbecker-Haus
Jugendclub Thomasiusstr.
Drugstore
Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrum

PUTTE

TERMINE

16.3.74	INFO-Stand und Eltern Kinderfest
2o.3.74	INFO-Veranstaltung für Weddinger in der St. Pau ls Kirche 1 Bln 65, Badstr. 5o Beginn: 19.3o Uhr
23.3.74	INFO - Stand
29.3.74	INFO-Veranstaltung für Linke im Audi-Max Reginn: 19.3o Uhr
3o.3.74	Demonstration um 12.3o Uhr Treffpunkt an der PUTTE
31.3.74	Großes Fest für alle K I N D E R F E S T -- F E T E E L T E R N F E S T

FÜR DIE PUTTE KÄMPFEN !

Jeden Dienstag um 19 Uhr treffen sich in der PUTTE , 1 Bln 65 Rügener str. 2o Delegierte der Gruppen, die die PUTTE in ihrem Kampf unterstützen. Macht mit !

Die Initiativgruppe Westberliner Jugendzentren trifft sich jeden Montag um 19 Uhr im Drugstore

Die Initiativgruppe hatte am Wochenende 9./1o. 3.74 ein Wochenendseminar in Kladow, das sehr dufte war. Es wird im April ein weiteres geben.

FRAUENZENTRUM 3

FRAUEN DER KAMPF GEHT WEITER

Am 25. April 1974 findet in Bonn die 3. Lesung zur "Reform"des § 218 statt. Obwohl 8o% der Bevölkerung sich gegen die frauenfeindlichen Paragraphen ausgesprochen haben,maßen sich 518 Abgeordnete (davon 3o Frauen) immer noch an,uns über unsere Bedürfnisse und Entscheidung hinweg zur Mutterschaft zu zwingen. WER VERTRITT UNSERE INTERESSEN ? NIEMAND,wenn wir es nicht tun! Wir wollen selbst über uns bestimmen,wir wollen selbst entscheiden und uns das Recht nehmen,Kinder zu haben oder keine Kinder zu haben! Deshalb und weil die im Bundestag zur Abstimmung stehenden "Reformentwürfe" (Fristen- oder Indikationslösungen) keine wirklichen Alternativen für uns sind,FORDERN WIR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG DES §218,weil wir sonst weiter abhängig bleiben müssen.Wir müssen uns stark machen für den Kampf gegen das Abtreibungsverbot denn FRAUEN, es geht uns alle an. Vom 8.-16.3. findet im Frauenzentrum in der Hornstraße 2 in Kreuzberg eine Aktions- und Informationswoche zum § 218 statt:

- Freitag,8.3. 19.3o Internationaler Frauentag;Diskussion über den § 218.
- Samstag,9.3. 19.3o Film und Disk.
- Sonntag,1o.3. nachm. Kinderfest, 19.3o Info und Disk. über Rechte, die Frauen mit Kindern in Beruf und Haushalt haben.
- Montag,11.3. 19.3o Theater.
- Dienstag,12.3. 19.3o Erfahrungsbericht über eine Rundreise: Abtreibung und Möglichkeiten der Sterilisation.
- Mittwoch,13.3. 19 3o Film über Frauenstreik in Neuss und Disk.
- Donnerstag,14.3. Vorbereitung zum Aktionszug.
- Freitag,15.3. 19.3o Info über Selbstuntersuchung und Absaugverfahren.
- Samstag,16.3. 12 Uhr Treffpunkt im Laden zum Aktionszug und abends Frauenfest.

Das Frauenzentrum ist in der Aktionswoche ab 11 Uhr geöffnet,daß alle Frauen sich informieren können.Es gibt einen Bücherstand und Wandzeitungen;man kann sich unterhalten und auch kaffeetrinken.
KOMMT UND MACHT MIT !!!

aus: Tagesspiegel vom 7.3.74

Nur ein Zehntel des Bedarfs an privaten Spielplätzen gedeckt

Der Fehlbedarf an privater Spielfläche ist mit 90 Prozent weiterhin gravierend, obgleich die Ergänzung der Berliner Bauordnung von 1972 einen Bedarf von mindestens 2,5 Quadratmeter Spielfläche pro Wohnung vorschreibt und für die Gestaltung der Flächen genaue Kriterien nennt. Die Bauordnung bestimmt seitdem, daß private Spielflächen auch nachträglich an Wohnhäusern anzulegen sind, die vor dieser Gesetzesänderung gebaut worden waren, sofern die Flächen vorhanden sind und bei Fehlen von Spielraum „die Gesundheit der Kinder gefährdet oder der Schutz der Kinder nicht gewährleistet ist". Die Angabe über den Fehlbestand machte gestern der Senatsdirektor der Jugendverwaltung, Kreft, vor einer Betriebsversammlung der städtischen „Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft" (GSW).

Kreft erklärte ferner, daß bei öffentlichen Spielplätzen ein Fehlbedarf von 70 Prozent bestehe. Diesen Fehlbedarf solle ein gerade in Arbeit befindlicher „Spielplatz-Entwicklungsplan" des Senats in Zusammenarbeit mit den Bezirken ausgleichen.

Was bis zur Ergänzung der Bauordnung, private Spielflächen betreffend, versäumt worden war, lasse sich aber schwer „nachholen". Wie Kreft erklärte, konnten die Bauaufsichtsämter nur in wenigen Fällen die nachträgliche Anlage von Spielplätzen in Angriff nehmen. Wie viele Fälle das seit 1972 waren, teilte kürzlich ein Vertreter der Senats-Bauverwaltung dem Parlaments-Jugend-Ausschuß mit: neun.

Am bisher gründlichsten durchforstete das Kreuzberger Gartenbauamt den Bezirk, um nachträglich einzurichtende Spielflächen zu finden. Ergebnis: Nur in drei Fällen war auch dafür Fläche noch vorhanden. Alle anderen hatten zwar hinreichend Platz für Pkw-Parkgelegenheit, keinen aber mehr für Kinder.

Kreft appellierte an die gemeinnützigen Unternehmen, den Nachholbedarf an Spielflächen zur Kenntnis zu nehmen und zu seiner Dekkung beizutragen, ohne daß es zu Verwaltungsakten oder zu gerichtlichen Entscheidungen kommen müsse. Eine „Kinderfeindlichkeit in unserer Gesellschaft", sagte Kreft, zeige sich nicht nur im unmittelbaren Umgang von Erwachsenen mit den Kindern, sondern auch in vielen Bestimmungen, „angefangen von den Beförderungsbedingungen der BVG bis hin zu den Mietverträgen und Hausordnungen". (Tsp)

Lehrlingstheater

Am Montag,11.3. :

19.3o Uhr im Jugendzentrum Zehlendorf (1-37, Teltower Damm 228) "Die Lehrlingsoper"

Neue Kreuzberger Kindergruppe e.V. (NKK)

1.Entwicklung
bis November 1973:
Aufbau des Spielplatzes am Legiendamm,Arbeit mit Kindern.Sommer 1973 Ferienreise nach Maloya.Gruppe war uneinheitlich,die Arbeit lief unverbindlich und ohne Konzept.Gruppe zersplitterte sich immer mehr.
Zur Konzeption der NKK:bisher war es eine perspektivlose Wurstelei.Aus der Kritik daran entstand die Projektarbeit:Arbeit mit einer festen Gruppe, statt Situation der offenen Tür.Die Kinder wurden primär nach ihren Interessen,weniger nach ihrem Alter in Gruppen zusammengefaßt.Es wurde nicht bei jedem Treffen etwas neues angefangen,sondern es war eine langfristige Arbeit an einem Thema (keine Beschäftigungstherapie).
ab November 1973 konstituierte sich die Gruppe neu,es kamen neue Mitarbeiter dazu.- Antrag auf Förderung vom Senat wird gestellt,Erarbeitung eines "Konzepts" für den Senat.
ab Januar 1974 wird die NKK als Sonderprojekt gefördert (50000 DM pro Jahr,= der Hälfte des Förderungsbetrages von Sonderprojekten).
Anfang Januar fand ein Wochenendseminar statt,wo das Selbstverständnis geklärt werden und konzeptionelle Vorstellungen entwickelt werden sollten.Beides blieb im Ansatz stekken,weil die Voraussetzungen der Einzelnen zu verschieden waren (z.B. alte und neu hinzugek. Mitarbeiter).
Im Moment steht die NKK in Konflikt mit dem Senat:es dreht sich um den Versuch des Senats,eine größere Kontrolle der Arbeit der Sonderproj. zu erreichen (siehe Info ubG Nr.1 S.4).

2.Die einzelnen Gruppen
a).Die Kleinkinder- und Vorschulgruppe (2-6 J.) arbeitet in einem Laden von Mo-Fr. 8-17 Uhr.Sie besteht aus 14 Arbeiterkindern und 2 Betreuern.Pädagog. Ziele:Vorbereitung auf die Schule,Stärkung des Selbst- und Gruppenbewußtseins,Wohlfühlen in der Gruppe,Verantwortlichkeit für die Räume,für Kochen usw., Kennenlernen der Umwelt durch Ausflüge etc. - Elternarbeit: die Eltern werden in alle Angelegenheiten und anfallende Aufgaben einbezogen,z.B. Renovierung,Übernahme eines Vereinsamtes,Kontakte zum Senat.Es finden unregelmäßige Elternabende statt:Gespräche über die Kinder, Wohn- und Arbeitsprobleme,Verhalten gegenüber dem Senat,Rolle der SP.
b).In einer Gruppe lief die Arbeit mit Kindern (8-13 J.) bisher nur mit kurzfristigen Aktivitäten (Schwimmen,Karatekurs),weil keine Räume da waren.Folgendes Projekt ist geplant:Fotoproj. mit Kindern (8-10J) Wohnsituationsproj. (11-13J).
Der Schularbeitszirkel hat auch noch keine Räume.
c).Die Filmgruppe besteht aus ca. 10 Jgdl.,größtenteils deklassierte Sonder- und Hauptschüler (12-16J), manche haben Knast/ Heim/ Trebeerfahrung, 3 Betreuern und arbeitet in einem Laden,3 mal pro Woche.
Von den Jgdl. wurde bis jetzt ein Film produziert.Ein weiterer Film wird gerade geplant.Ab und zu wird auch fotografiert,manchmal Kino,kleine Feten.- 2 Jgdl. sind aus einem Jgdwohnkoll.,zu dem guter Kontakt besteht.Zu Eltern besteht kein nennenswerter Kontakt.- Pädagog. Ziele:
Wir wollen keine sozialtherapeutische Aufbewahrungsarbeit,sondern produktive Projektarbeit machem,d.h. einen gemeinsamen Lern-+Arbeitsprozeß der Jgdl. und Betreuer.Dies erfordert das Lernen von Kooperation, Konzentration und Kontinuität.Die Arbeit an einem Film stellt einen kompletten Produktionsprozeß dar: von der Idee,Erstellen eines Drehbuchs,Organisation der Technik bis zum Filmen und Vorführen an einem Filmabend.- Das Medium Film wurde gewählt,weil sich alles darstellen läßt:die Umwelt,der Stadtteil können distanziert erfahren werden,Probleme und Eindrücke sind jederzeit reproduzierbar.- Wir wollen den Jgdl. eine anschauliche Alternative zu ihren gewohnten Freizeit-+Wohnverhältnissen aufzeigen und Situationen schaffen, wo sie Kollektivität,Identitätsfindung und Solidarität lernen und erfahren können.Wir wollen ihnen nicht

KINDERGRUPPEN, MIETKAMPF 5

Inhalte und Bedürfnisse aufsetzen, sondern das bewußt machen, was von ihrer Klassenlage her in ihnen angelegt ist. Die Betreuer beschränken ihre Aktivitäten auf eine Initiativfunktion. Die Jgd. sollen so stabilisiert werden, daß sie ihre eigene Reproduktion selbst initiativ organisieren und andere unpolitische Jgdl. antörnrn.- Perspektive: tendenziell die Deklassierung abbauen, indem wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen stabilen und deklas. Jgdl. schaffen. Angestrebt wird das gegenseitige Lernen der Jgdl. voneinander. Aufsteigerillusionen sollen abgebaut werden. Weitere Themen wie Sexualität und Berufswahl sind als Projekte geplant.

d). Auf dem wöchentlichen Plenum (Mittw. 2oUhr Laden Dresdenerstr.26) treffen sich alle Betreuer. Zuerst wird über Theoretisches diskutiert (z.B. Deklassierung), dann folgen Berichte aus den einzelnen Gruppen. Anschließend aktuelle Info., z.B. Maßnahmen des Senats und unsere Reaktion darauf, Berichte von anderen Kindergruppen.

3. Kontakte

Kontakte und Informationsaustausch bestehen zu folgenden Gruppen: Bethanien-AG (Kindergruppen), Kreuzberger Gruppen (Weißbeckerplenum), Sonderprojekte-Plenum, Drugstore-Plenum, Trebe-Bambule, Eulenspiegel-Kette Ki.gr.

mietkampf im arbeitnehmerwohnheim

Im Juli 72 erhöhte die Arbeitnehmer-Wohnheimbaugesellschaft AR WO BAU die Miete im Wohnheim Goerzallee von 132,5o DM auf 152,5o Dm. Eine Woche später kündigte sie eine weitere Mieterhöhung an. Daraufhin gründete sich eine Initiativgruppe mit dem Ziel, die Heimordnun g außer Kraft zu setzen und eine Renovierung durchzusetzen, Umfangreichen Schriftwechsel, Gespräche mit AR WO BAU und Senat und Einsichtnahme in die Kostenrechnung brachten keinen Erfolg. Erst der Mietwarnstreik zwang die AR WO BAU die Miete bei 152,5o DM zu belassen, eine neue sogenannte Hausordnung aufzustellen und eine Renovierung durchzuführen. Die nicht mietbestreikten Apartmenthäuser mußten hingegen eine Mieterhöhung hinnehmen.
Am 23.11.73 kündigte die AR WO BAU in allen Wohnheimen mit der Begründung "Heizölpreise" eine Mieterhöhung zu Beginn des kommenden Jahres an. Wieder bildete sich eine Initiativgruppe, die in Flugblättern auf die Hintergründe der Energiekrise und Mietkampf im Wohnheim Goerzallee vor 1 1/2 Jahren hinwies und zum gemeinsamen Handeln gegen AR WO BAU und Senat aufrief. Durch persönliches Verteilen der Flugblätter an den Zimmertüren entwickelte sich eine große Solidarität. Um AR WO B zu einer detailierten Aussage zu bewegen wurde eine Resolution ausgearbeitet, die sich auf eine Unterschriftensammlung stützte. Bevor die Aktion abgeschlossen werden konnte, erhöhte AR WO BAU am 15.1.74 die Miete zum 1.2.74 von 152,5o DM auf 17o DM. Gleichzeitig sollte die Kostenrechnung in 3 Monaten neu überprüft werden. Das bedeutete eine Angleichung der Mieterhöhung an jene Wohnheime der AR WO BAU, die bereits eine Erhöhung bis zu 8o DM hinnehmen mußten. darauf rief die IG zu einer Mietvollversammlung am 24.1.74 auf. Auf dieser wurde eine Resolution an AR WO BAU und Senat mit folgenden Forderungen verabschiedet:

1. 152,5o DM sind genug
2. keine weitere Mieterhöhung und Rationalisierungen
3. falls die Mieteinnahmen nicht kostendeckend sind, soll der Senat die Mehrkosten tragen!

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, werden wir bis zur Erfüllung unserer Forderungen die Miete von 152,5o DM auf notarielles Sperrkonto überweisen. Ein Rechtsanwalt eröffnete für uns ein Rechtanwalt-Ander-Konto. Im nächsten Flugblatt wurde die Kontonummer bekanntgegeben. Gleizeitig bevollmächtigten die Mieter 3 Mitarbeiter der IG ihre Vertretung gegenüber dem Rechtsanwalt zu übernehmen. Eine Pressemitteilung wurde herausgegeben. Unsere nächsten Aktionen waren die Außenplakatierung des Wohnheimes und eine Flugblattverteilung an Passanten und Autofahrer in der Umgebung des Wohnheimes.

ROTE HILFE - Initiativgruppe
Wohnheim 8 Goerzallee

Wir führen in diesem Jahr mehrere 3-wöchige Ferienaufenthalte mit Berliner Arbeiterkindern von 9-16 Jahren durch. Dabei gehen wir davon aus, daß eine sinnvolle Freizeitpädagogik nur zu machen ist, wenn die Lebenslage der Kinder und ihrer Eltern berücksichtigt wird. Einerseits wird von den allgemeinen Ergebnissen der klassenspezifischen Sozialisationsforschung ausgegangen, andererseits ist auch die Untersuchung der besonderen Lebensverhältnisse der mitfahrenden Kinder erforderlich. Auf diese Weise lassen sich die individuellen Ausprägungen der Probleme der Kinder und Jugendlichen auf die gemeinsame Lebenssituation zurückführen. Die Erfahrungen des Kindes und des Jugendlichen, die Ausformung ihrer Erziehung sind also nicht losgelöst von der Lebenssituation ihrer Eltern, deren Arbeit und gesellschaftlichen Bezüge, sowie ihrer Wohnsituation zu betrachten. Die in einem Ferienaufenthalt festzustellende Aggressivität von Arbeiterkindern muß im Zusammenhang mit ihrer Erziehung, ihrer Lebenssituation und der ihrer Eltern gesehen werden. Ebenfalls muß beachtet werden, daß der Lernprozeß von Arbeiterkindern sich weniger in abstrakter, sprachlicher Aneignung der Realität vollzieht, sondern mehr im Erleben konkreter sozialer Realität. So verlangen die Erschöpfung der Eltern aufgrund ihrer Arbeitssituation und die engen Wohnverhältnisse eine Einschränkung der Aktivitäten des Kindes und des Jugendlichen. Diese Realität kann von dem Kind jedoch nicht hinterfragt werden. Für die Ferienaufenthalte leitet sich die Aufgabe daraus ab, die Kinder und Jugendlichen bei ihrem Prozeß der Realitätswahrnehmung, dem Erkennen von Zusammenhängen, dem Begreifen von individuellen Problemen als gemeinsamen zu unterstützen.

Zur Aufenthaltskonzeption

Ohne eine Konzeption für den Aufenthalt werden die Kinder und Jugendlichen ihr übliches Freizeitverhalten reproduzieren. Wenn man jedoch an die Gruppenerfahrung der Kinder und Jugendlichen (Spielgruppe, Clique) ansetzt und Gruppenaktivitäten entfaltet, die sowohl die individuellen als auch die gemeinsamen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen, kann es gelingen, eine neue Qualität in die Gruppenbeziehungen zu bringen (Aufbrechung einer hierarchischen Cliquenstruktur, Abbau von Konkurrenzverhalten und Rollenfixierungen u.a.).

Imdem die Kinder und Jugendlichen gemeinsam einen für sie nützlichen Gegenstand herstellen, wird die Vereinzelung und Widersprüchlichkeit von individuellen Interessen und gemeinsamer Gruppenaktivität aufgehoben. Um eine gemeinsame Sache zu erreichen, ist die Kooperation aller Kinder bzw. Jugendlichen unumgänglich. Die Kinder und Jugendlichen werden sich der Erfahrung bewußt, daß jede einzelne Mithife notwendig für das Gesamtergebnis ist. So wird die hierarchische Rangordnung gesprengt durch die Bewußtwerdung, daß jeder gleich Wertvolles geleistet hat(wechselnde Anforderungen erfordern verschiedene Fähigkeiten). Außerdem trägt dieser Prozeß dazu bei, daß von den Kindern und Jugendlichen selbständig geplant wird, Erfahrungen ausgetauscht werden und gegenseitige Bestätigungen ausgesprochen werden. Der Gruppenprozeß hebt also die Vereinzelung und die naturwüchsige Hierarchie auf zu Gunsten einer verstärkten Artikulation von Einzelbedürfnissen, die in das gemeinsame Gruppeninteresse (vergegenständlicht im Gebrauchswert) integriert werden müssen. Damit wird den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, von sich aus bewußte Beziehungen einzugehen,

stabile Kontakte zu schließen, Verbindlichkeit und Zusammenarbeit in der Gruppe zu schaffen. Verstärkt werden derartige Erfahrungen übertragbar auf die heimische Situation, wenn im Aufenthalt zustande gekommene Kontakte unter den Kindern und Jugendlichen zu Hause bestehen bleiben. Die räumliche Nähe der Wonungen zueinander muß also bei der Zusammenstellung der Gruppen beachtet werden.

Weil für Arbeiterkinder besonders die notwendigkeit besteht, Fähigkeiten zu entwickeln, wie sich die Beschaffenheit der Umwelt angeeignet werden kann, ergibt sich für die Aufenthalte, daß die Kinder und Jugendlichen durch gemeinsame Erfahrungen und Aktivitäten die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ortsbevölkerung erfassen in zu ihrer eigenen Situation in Beziehung setzen. Das bedeutet eine Ablehnung von abstrkten Lernzielbestimmungen.

Zur Durchführung der Aufenthaltskonzeption

Die Einrichtung von Organisationsformen, wie Vollversammlung, Aktivitätengruppen u.ä., soll dazu dienen, die die Gruppe betreffenden Regelungen, Konflikte, Probleme, Bedürfnisse und Interessen auszudrücken, zu besprechen und gemeinsame Lösungen zu beschließen. Auf diese Weise können die Kinder und Jugendlichen einen wesentlichen Teil der Vorgänge in der Gruppe ausdrücken und verarbeiten und damit ansatzweise Selbstorganisation und Selbstbestimmung lernen.

Die oben genannten Gruppenprozesse können durch gemeinsame produktive Tätigkeit zur Herstellung von Gegenständen von praktischem Nutzen und zum gemeinsamen Gebrauch (z.B. Basteln und Malen von Requisiten für ein Theaterstück, Floßbau u.ä.) und durch gemeinsame Spiele, die Kooperation und gemeinsames Handeln erfordern, in Gang gesetzt werden.

Ortserkundigung (z.B. in Form eines Stafettenlaufs), Interviews und Betriebsbesichtigungen sollen der Erforschung von Lebenszusammenhängen dienen, wozu sie sich selbst als Arbeiterkinder in Beziehung setzen können.

Arbeitsgruppen zur Durchführung der Aufenthalte

Vor 3 Wochen sind die ersten Arbeitsgruppen zur Durchführung der Ferienaufenthalte eingerichtet worden. Die Funktion des Betreuers soll hauptsächlich von Studenten übernommen werden, die sich schon mit Sozialisationsfragen beschäftigt haben. Sie können das Erarbeitete anwenden lernen und überprüfen. Ein weiteres Lernmoment für die Betreuer ist die Aneignung von Fähigkeiten für die Arbeit mit bestimmten realen Gegebenheiten. Die Heimeltern mit ihren besonderen Interessen, die Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Heim, die Interessen der zuständigen öffentlichen Stellen, die maßgebliche Gesetzgebung und Rechtsprechung, die wenigen Kontakte mit den Eltern der Kinder und Jugendlichen - dies alles sind die konkreten Arbeitsbedingungen, die die spezifische Form des Praxisfeldes bestimmen. Der Umgang damit, die angemessene Reaktion auf das, was sich daraus als sehr starke Behinderung der Arbeit eventuell erweisen könnte - das ist Bestandteil des Lernfeldes und kann durchaus nützlich sein für spätere Tätigkeiten in ähnlichen Bereichen der Gesellschaft als zukünftige Lehrer, Soziologen u.ä.

Die Arbeitsgruppen treffen sich regelmäßig wöchentlich. Zunächst werden die Ansprüche der einzelnen an solche Aufenthalte als auch die Realisierungsmöglichkeit diskutiert. Anschließend ist eine gemeinsame Aufarbeitung der Protokolle aus füheren Aufenthalten und der für den Aufenthalt wichtigen Literatur geplant. Parallel dazu wird mit der prakti-

FERIENAUFENTHALTE, HOCHSCHULE 8

schen Vorbereitung begonnen. Nach Beendigung der Aufenthalte werden diese ausgewertet. Wer sich an den Aufenthalten als Betreuer noch beteiligen will und zu einer verbindlichen Mitarbeit bereit ist, kontakte Manfred, Tel. 251 29 98!

RSO AN DER PH BERLIN

GEGEN DIE RAHMENSTUDIENORDNUNG AN DER PH-BERLIN

Am 15.3. findet in der TU im Raum H 3010 (hauptgebäude) um 19 Uhr eine Informationsveranstaltung zur "Vorläufige Rahmenordnung für den Studiengang der Lehrerstudenten an der PHB ",beschlossen vom Akademischen Senat am 18.2.74 statt.
Die Rahmenordnung hat der Akadem. Senat also während der Semesterferien verabschiedet,sie soll bereits am 1.4.74 in Kraft treten.Sie beinhaltet unter anderm: Anwesenheitslisten, Mindest-Stundenzahl,Semesterarbeit, Pflichtstudienberatung und 75% des Seminars müssen mit "vorgesehenem" Inhalt stattfinden.Daher hat sich das Plenum für freie politische Betätigung dazu entschlossen,während der Semesterferien eine erste Informationsveranstaltung durchzuführen.Ziel der Veranstaltung ist es,möglichst mit allen Hochschulangehörigen die Konsequenzen dieser Rahmenordnung zu diskutieren.Dabei soll über die Gegenmaßnahmen,die bereits angelaufen sind,informiert werden,und es sollen weitere Schritte gemeinsam überlegt werden.

Um eine gemeinsame Veranstaltung aller interessierten Studenten, Dozenten und Organisationen durchzuführen,hatten Vertreter des Plenums Kontakt mit dem Asta aufgenommen,der sich bisher nicht aktiv an der Arbeit beteiligt hatte.Auf der letzten Sitzung des Plenums am 5.3.74 wurde beschlossen,diese Veranstaltung durchzuführen und der Asta wurde aufgefordert,diese Veranstaltung mitzutragen.Der Asta weigerte sich jedoch daran teilzunehmne,wenn sie nicht unter unter seiner Führung stattfindet.
Der Asta wird voraussichtlich einen eigenen Rundbrief verschicken.Studenten der PH führen eine Besuchsaktion durch,auf der eine ausführliche Einschätzung der RSO durch die "gruppe sozialistischer dozenten" verteilt wird.
mußte mühsam erstellt werden,da der Asta sich weigerte seine Listen für diese Aktion zur Verfügung zu stellen.

kommunikationsladen neukölln

Wir berichteten im INFO 1 über das Kommunikationsladen-Projekt in Neukölln.

Auf der VLB-Sitzung(Verband des Linken Buchhandels) vom 4.3.74 wurde nun folgendes vorläufige Ergebnis erzielt: Der Laden beginnt seine Arbeit auf der Grundlage einer Einzelhandelsgesellschaft mit der Perspektive einer Vereinsgründung. Die VLB-Projekte in Berlin (Verlage und Buchläden werden ihren bisherigen VLB-Beitrag an den neuen Laden abführen, um die laufenden Kosten abzudecken. Ein WBK-Mitglied(Westberliner Buchladen-Kollektive) wird im ersten halben Jahr im Laden arbeiten, um die beginnende Arbeit fachlich zu unterstützen.

"Markierungspunkte":

aus: Klassenkampf Nr. 31/32 Januar/Feb.74

Staatliche Kontrolle der Berufsausbildung

Im Frühsommer dieses Jahres soll das Parlament ein neues Berufsbildungsgesetz verabschieden. Zu diesem Zweck verabschiedete das Bundeskabinett im November letzten Jahres die sogenannten "Markierungspunkte" zur Reform der Beruflichen Bildung, die die Ziele der Reform konkretisieren. Sie müssen jetzt nur noch in Paragraphen umformuliert werden.

Bezeichnend an dieser Reform, wie an vielen anderen, ist, daß sie innerhalb der Arbeiterjugend so gut wie unbekannt ist. Sowohl die Bundesregierung als auch die Gewerkschaften haben bisher praktisch nichts unternommen (außer daß die entsprechenden Herren öfters einmal ausgewählte Lehrlinge empfangen), um die Arbeiterjugend in die Auseinandersetzung über die Reform miteinzubeziehen.

Vor allem könnte man meinen, daß die SPD gerade ein Interesse an einer starken Unterstützung durch die Arbeiterjugend haben könnte, denn sie geriet über diese "Markierungspunkte" in einen harten Konflikt mit den Unternehmern - jedenfalls schien es so.

Staatliche Kontrolle

Die "Markierungspunkte" sehen in ihrem Kernstück die Kontrolle des Staates über die Berufsausbildung vor.

- Nach Verabschiedung des neuen Berufsbildungsgesetzes sollen staatliche Stellen darüber entscheiden, ob ein Betrieb Lehrlinge ausbilden darf oder nicht. (Akkreditierung) Dazu gehört auch die Aufsicht und Überwachung der sachlichen Voraussetzungen in den Betrieben für eine Ausbildung und die Kontrolle ihrer Qualität.

- Künftig sollen alle Lehrlinge von staatlichen Prüfungsausschüssen geprüft werden. In ihnen sollen Vertreter der Arbeiter, der Unternehmer, der Schule und der Ausbilder vertreten sein. Der Staat will dadurch die Prüfungen vereinheitlichen, d.h. die Abschluß-und Zwischenprüfungen beziehen sich auf die Leistungen aller beteiligten Lernorte (Schule, Betrieb, überbetriebliche Lehrwerkstätte). Prüfungsausgaben können dann einheitlich für das gesamte Bundesgebiet geschaffen werden.

- Staatliche Ausbilderprüfungen werden eingeführt.

Alle diese Aufgaben hatten bisher die Kammern in der Hand. Was für die Kammern übrig bleiben soll ist wenig - etwa die Geschäftsführung der Prüfungsausschüsse, die Beratung der Kammerangehörigen in Berufsausbildungsfragen usw. Etwas unpassend erscheint im ersten Moment die Formulierung: "Mitwirkung bei der Akkreditierung (d.h. Zulassung) von Ausbildungsstätten. Es sieht demnach so aus, als ließe sich die Bundesregierung ein Hintertürchen offen, falls die Unternehmer auf einem Kompromiß bestünden.

Jedenfalls liefen die Verbände der Unternehmer Sturm gegen diese Vorhaben. Sie drohten sogar mit der Verweigerung der Lehrlingsausbildung, falls im neuen Berufsbildungsgesetz die Kammern die Verantwortung für die Berufsausbildung verlören. Die CDU/CSU blies in dasselbe Horn, indem sie der Bundesregierung eine "Unheilvolle Tendenz zur Bürokratisierung der Berufsausbildung" vorwarf. Stattdessen will sie die "Selbstverwaltung der Unternehmer" (gemeint sind die Kammern) erhalten.

Die Markierungspunkte treffen das Kapital natürlich an einem wunden Punkt. Die Unternehmer haben seit über 100 Jahren die fast absolute Kontrolle über die Berufsausbildung, da sie die Prüfungsinhalte und die Kriterien für die Zulassung von Lehrwerkstätten festlegen. Sie "überwachen" die Lehrwerkstätten und bestimmtenbis 1969 praktisch alleine über die Ausbildungsordnungen. Und das ermöglichte es ihnen, jeden anderen Einfluß auf die Berufsausbildung abzuwehren. Ausbildungsmißstände zu verschleiern und vielen mittleren und kleineren Betrieben die Lehrlinge als willfähriges Ausbeutungsmaterial zu erhalten. (Zahlen siehe Schaukasten). Das ist also der wichtigste Grund: die Unternehmer wollen die Kontrolle über die Berufsausbildung behalten und niemand soll ihnen in die Karten gucken. Zum anderen trauen sie nicht ganz der SPD, denn sie sehen in dieser Reform eine langfristige Tendenz zur vollständigen Verstaatlichung der Berufsausbildung, die ihnen mehr und mehr Lehrlinge aus der Hand nehmen könnte. In der Lehre können die Kapitalisten die Lehrlinge selbst disziplinieren und sie zu untertänigen Arbeitern erziehen. In einem öffentlichen Bildungssystem sehen sie dafür viel zu große Gefahren.

Wir aber müssen klären, auf welcher Seite die SPD steht und ob sie wirklich die Interessen der Arbeiterjugend gegen die Kapitalisten vertritt.

Ausbau des 'Dualen Bildungssytems'

Die SPD will das bestehende duale Ausbildungssystem (Schule und Betrieb) bis auf weiteres nicht abschaffen. Es soll stattdessen ausgebaut und verbessert werden.

1. die theoretische Bildung in der Schule soll besser auf die praktische Ausbildung im Betrieb abgestimmt werden.

2. da der Anteil der Fachtheorie in Zukunft für alle Berufe steigen wird, soll ein stärkerer Ausbau der berufsbildenden Schulen, die Abschaffung des chronischen Lehrermangels und die Verbesserung der räumlichen und sachlichen Ausstattung in Angriff genommen werden; dies soll auch ermöglichen, ganze Berufe in der Schule zu erlernen.

3. ein Berufsgrundbildungsjahr, das praktisch an die Stelle des 1. Lehrjahrs tritt, wird schrittweise eingeführt, wenn die räumlichen und personellen Voraussetzungen vorhanden sind. Es soll Grundkenntnisse in einem Berufsfeld (z.B. Elektro oder Metall) vermitteln.

4. überbetriebliche Lehrwerkstätten sollen in verstärktem Maße ausgebaut werden. Bis 1976 sollen dadurch 10.000 neue Ausbildungsplätze - bei 1,3 Millionen Jugendlichen ein Tropfen auf den heißen Stein - geschaffen werden. Sie sollen vor allem dazu dienen, in Gebieten mit wenig Industrie mehr Ausbildungsplätze anzubieten und die betriebliche und schulische Ausbildung zu ergänzen.

5. Ausdehnung des neuen Berufsbildungsgesetzes auch auf den Handwerksbereich der bisher Sonderbestimmungen hatte (z.B. generell eine Ausbildungszeit von drei Jahren oder länger in vielen Berufen gegenüber der Stufenausbildung in der Industrie. Das alles sind, wenn sie durchgeführt werden, wirklich reale Verbesserungen der jetzigen miserablen Lage. Nur sie hätten schon seit Jahren durchgeführt werden können und müssen, heute werden sie uns als große Reform verkauft. Sie bedeuten auch, daß der Ausbau von überbetrieblichen Lehrwerkstätten nur als Ergänzung und nicht als Alternative zur Ausbildung in Privatbetrieben vorangetrieben wird. Vor allem die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres und der Ausbau und die Verbesserung der berufsbildenden Schulen kosten aufgrund ihrer jahrelangen Vernachlässigung eine Menge Geld. Diese Reformen hören sich auf dem Papier immer schön an. Da sie jedoch nur schleppend und halbherzig durchgeführt werden, muß sich in der Wirklichkeit die Arbeiterjugend fast alle Verbesserungen erkämpfen.

Reform der Ausbildungsordnungen

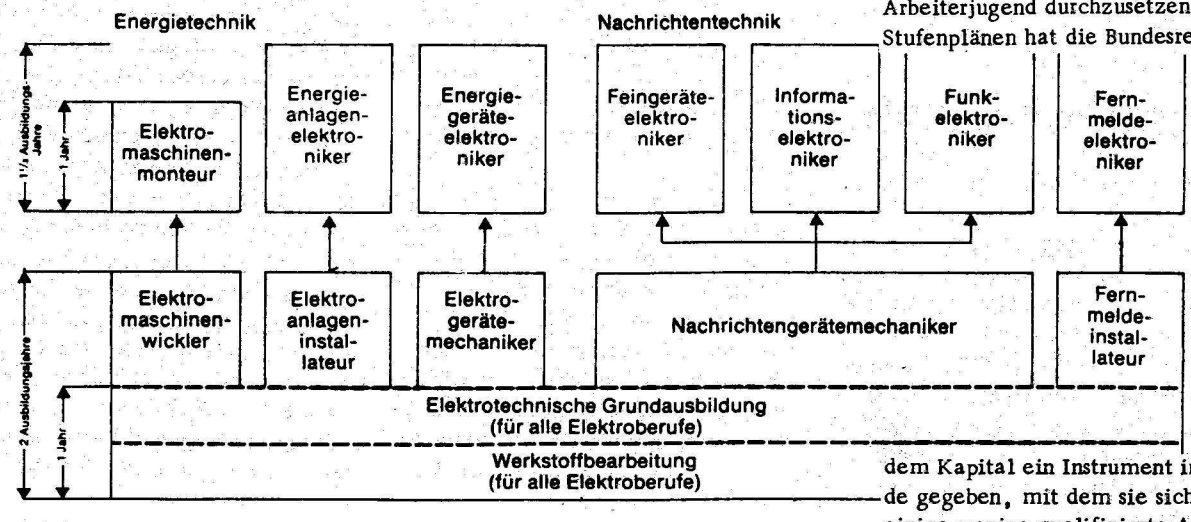
Ein weiteres Aushängeschild der Reformfreudigkeit der Bundesregierung ist die Reform der Ausbildungsordnungen. Seit 1969 wurden für rund 400.000 Lehrlinge - ungefähr 1/3 aller Auszubildenden - neue Ausbildungsordnungen erlassen. Die Zahl der anerkannten Ausbildungsberufe wurde von 579 im Jahre 1972 auf 463 in diesem Jahr verringert. Diese Reform scheint auch im Moment am tatkräftigsten angegangen zu werden. Ihr kommt deshalb so viel Bedeutung zu, weil die Ausbildungsordnung über die Qualifikation des Lehrlings entscheidet.

Besonders die Stufenpläne werden als die Paradepferde der Reform angepriesen: sie sollen eine möglichst breite Grundausbildung vermitteln; Spezialisierung soll hinausgeschoben werden; der Jugendliche kann zwischen mehreren Ausbildungsberufen wählen; durch eine breite Grundausbildung soll später das Umwechseln auf andere Berufe erleichtert werden.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Nehmen wir den Elektro-Stufenplan. Die Berufsausbildung teilt sich in zwei Stufen auf. Sie beginnt in der ersten Stufe mit einem Grundlehrgang von einem halben bis ganzen Jahr. Im nächsten Ausbildungsjahr erfolgt bereits eine Spezialisierung auf einen ganz bestimmten Beruf. Im dritten Lehrjahr wird diese Spezialisierung beibehalten, aber vergrößert und erweitert. (siehe Schaubild) Diese Spezialisierung im zweiten Ausbildungsjahr ist das Gegenteil einer breiten, qualifizierten Grundausbildung. Zum anderen sehen die Stufenpläne nach der 1. Stufe einen Berufsschulabschluß vor. In der Realität ist es so, daß der Unternehmer mit allen Lehrlingen einen Vertrag nur über die erste Stufe abschließt. Nach dessen Abschluß wählt er sich nach eigenen Gutdünken diejenigen Lehrlinge aus, die er in die zweite Stufe lassen will.

Wir sehen jetzt also ganz genau, wie diese staatliche Kontrolle über die Ausbildung aussehen wird. Sie wird wie bisher dazu dienen, die Interessen des Kapitals voll und ganz gegen die Arbeiterjugend durchzusetzen. Mit den Stufenplänen hat die Bundesregierung dem Kapital ein Instrument in die Hände gegeben, mit dem sie sich sowohl einige wenige qualifizierte Arbeitskräf-

Neuordnung Elektroberufe



te züchten als auch die Masse der Lehrlinge zu angelernten Arbeitern herausbilden kann.

Zu wichtigen Fragen keine Antwort

Auf eine Reihe von wichtigen Fragen geben die Markierungspunkte keine präzise Antwort.

1. Dazu gehört vor allem die Verzahnung von beruflicher und allgemeiner Bildung. Es ist ja immer noch so, daß die meisten Lehrlinge, die eine Lehre machen, dadurch von weiterführenden Schulen ausgeschlossen sind. (Es sei denn einzelne quälen sich später durch den zweiten Bildungsweg). Der DGB fordert in seinen "Forderungen zur Beruflichen Bildung" mit Recht die vollständige Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung, d.h. daß alle Schüler die Möglichkeit haben, innerhalb von 12 Jahren sowohl einen beruflichen Abschluß als auch das Abitur zu machen. Um diese Frage drückt sich natürlich die Bundesregierung, weil sie genau weiß, daß die Wirtschaft nicht an einer großen Zahl von qualifizierten Arbeitskräften interessiert ist.

Abgesehen von den Reformphasen sieht auch die Wirklichkeit ganz anders aus. In vielen Bundesländern wird nämlich in der sogenannten "Förderstufe" durch die Einrichtung von Leistungskursen darüber entschieden, wie der weitere Bildungsgang eines Schülers aussehen wird. Vereinfacht dargestellt:
Schüler des Kurses A = Gymnasium
Schüler des Kurses B = Mittelschule
Schüler des Kurses C = Hauptschule.
Ist eine Gesamtschule vorhanden, dann werden die einzelnen Schüler auf die entsprechende Abteilung verteilt.

2. Da der Staat die Zulassung und Überwachung von Ausbildungsstätten übernimmt, gehört dazu natürlich ein verhältnismäßig großer Stab von Überwachungspersonal. Das Dilemma zeigt sich jedoch schon seit Jahren an der Überwachung zur Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes durch die Gewerbeaufsichtsämter. 1971 waren 1698 Beamte für rund 2 Millionen Betriebe verantwortlich. Das heißt: 1 Beamter kontrollierte rund 1200 Betriebe mit insgesamt 12.000 Beschäftigten. Sie ermittelten 52.403 Verstöße. Da viele Betriebe jedoch nur alle 5 - 10 Jahre einmal kontrolliert werden konnten, konnte auch nur jeder zehnte Verstoß aufgedeckt werden.

Statistik zum Jugendarbeitsschutzgesetz

Jahr	1967	1968	1969	1970	1971
Zahl der Verstöße	46.279	50.898	65.404	67.725	52.403
Zahl der Beamten	1.433	1.535	1.597	1.659	1.698

Die Dunkelziffer ist etwa zehnmal größer

Eine alternative Lösung besteht darin, daß die Gewerkschaften und die betriebliche Interessenvertretungen (Jugendvertretung, Betriebsrat und Vertrauensleutekörper) diese Aufgaben übernehmen. Das will aber der Staat nicht - er will sich lieber diese Aufgabe mit den Kammern teilen, was im Endeffekt wieder auf einen Betrug der Lehrlinge hinausläuft.

3. Finanzierung: Die Ausdehnung des Geltungsbereichs des zukünftigen Berufsbildungsgesetzes und damit der Ausbildungsordnungen auf das Handwerk, wird zu Kostensteigerungen in vielen kleinen Betrieben führen, da sie z.B. Maschinen, an denen gelernt werden soll, nicht haben. Das kann dazu führen, daß ein großer Teil der kleinen Betriebe keine Lehrlinge mehr anstellen wird. Aus diesem Grunde schlagen die Markierungspunkte ein Finanzierungssystem vor, das die anfallenden Kosten ausgleichen soll. Die Form dieses Finanzierungssystems ist aber noch offen. Und es besteht auch hier die Gefahr, daß der Staat mit den Unternehmern einen faulen Kompromiß schließt und einen Fond aus Steuermitteln einrichtet. Unsere Alternative demgegenüber muß sein: ein Fond, der aus der Besteuerung der Unternehmerprofite gespeist wird.

4. Jungarbeiter ohne Lehre: Ein Opfer des Schulsystems und mangelnder Ausbildungsmöglichkeiten in vielen Regionen sind jedes Jahr ungefähr 230.000 Jugendliche, die keine Lehre machen. Ein großer Teil von ihnen sind Mädchen und jugendliche Ausländer, die besonders benachteiligt sind. Bezeichnend ist, daß gerade für sie die Bundesregierung nur Trostpflästerchen anbietet: Sonderformen des Berufsgrundbildungsjahres oder darauf aufbauende Bildungsgänge, Vollzeitförderlehrgänge, die auf die Berufsausbildung vorbereiten sollen usw.

Gerade das Schicksal dieser Arbeiterjugendlichen zeigt, wie dringend notwendig der verstärkte Ausbau von überbetrieblichen Lehrwerkstätten ist, in denen sie Ausbildungsplätze finden können.

Mitbestimmung

Die bisherige Mitbestimmung war für die Gewerkschaften begrenzt auf die Berufsbildungsausschüsse in den Kammern, wobei sie aber in den wichtigen Fragen, z.B. Finanzen, nichts mitzureden hatten. Jetzt sollen diese Berufsbildungsausschüsse aufgelöst werden, da ja die wesentlichen Aufgaben dann vom Staat und seinen Behörden geregelt werden. An deren Stelle sollen dann auf den verschiedenen Ebenen - Bund, Land, Bezirk - die an der Berufsausbildung Beteiligten mitwirken und mitbestimmen. Denn: "Sie (die Ausschüsse) sollen den gleichgewichtigen Einfluß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sicherstellen". Wie diese Mitbestimmung aber nun aussehen soll, verrät uns ein Wörtchen: beraten. Alle Ausschüsse haben die Aufgabe, die staatlichen Stellen zu beraten - nicht mehr.

Und die Lehrlinge in den überbetrieblichen Lehrwerkstätten (in den Betrieben sowieso nicht) sind "an der Gestaltung der sie betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen," da zeigt sich wieder der Charakter der Mitbestimmung. Mitwirken, mitberaten, mitbeteiligt sein: in Gremien. Die Entscheidungen werden wo anders gefällt.

Die Alternative kann deshalb nur die Kontrolle der Lehrlinge und ihrer Interessenvertretung über die Ausbildung sein.

Auf wessen Seite steht der Staat?

Die Reformziele der SPD sind als ein weiterer Angriff auf die Interessen der Arbeiterjugend anzusehen. Die staatliche Kontrolle wird nur dazu dienen, die Interessen des Kapitals um so besser und effektiver durchzusetzen. Die wirklichen Verbesserungen - etwa die bessere Abstimmung der theoretischen Ausbildung auf die Praktische, oder die Verbesserung der schulischen Ausbildung - werden auch erst noch erkämpft werden müssen.

Warum kam es dann zu dieser Auseinandersetzung zwischen Kapital und Bundesregierung?

Der Staat in dieser Gesellschaft vertritt die Interessen der Kapitalisten. Er schützt sie, wenn notwendig, mit Schutzzöllen vor ausländischen Konkurrenten; er steuert die Konjunktur, um Krisen zu verhindern und die Profite zu erhalten; er greift oft in Tarifauseinandersetzungen ein, um niedrige Tarifabschlüsse durchzusetzen.

In der Berufsausbildung handelt er ähnlich. Der Staat will die Berufsausbildung in das allgemeine Bildungssystem mit einbeziehen, um es langfristig besser durchorganisieren und rationalisieren zu können. Bisher war es so, daß die einzelnen Unternehmer und Handwerksbetriebe völlig planlos und willkürlich nach ihrem eigenen Bedarf Fachkräfte ausbildeten. Der Staat dagegen will "die Herstellung eines fachlich und regional ausgewogenen Angebots an Ausbildungskräften" und damit an Fachkräften, um das Kapital auch international konkurrenzfähig zu erhalten. Zusammengefaßt: es streiten sich zwei grundsätzlich Gleichgesinnte.

Welche Strategie?

Für die Arbeiterjugend hat es deshalb keinen Sinn sich auf die Seite des Staates zu schlagen, er wird sie genauso übers Ohr hauen wie die Unternehmer.

Auf der Tagesordnung steht deshalb nach wie vor der Kampf für die Verbesserung der Ausbildung gegen die Unternehmer und den Staat.

Das bedeutet Kampf
- gegen die Stufen in den Stufenplänen, die Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, die Entlassung aktiver Jugendvertreter
- für die Verbesserung der schulischen Ausbildung, ein besseres Jugendarbeitsschutzgesetz, den forcierten Ausbau von überbetrieblichen Lehrwerkstätten, Fonds aus Unternehmerprofiten und die Kontrolle der Ausbildung im Betrieb, durch die Interessenvertretung der Lehrlinge.

Hans Pfaff

Sorgen für die Jugendlichen

Die Ausbildungssituation in Bremerhaven FR vom 23.2.74

Auf die Frage, welchen Beruf sie nach Schulabschluß ergreifen wollen, antwortete 1974 fast die Hälfte der Schülerinnen einer Bremerhavener Hauptschulklasse: Verkäuferin. Ob sie es werden können, ist äußerst fraglich; in Bremerhaven liegt das Ausbildungsangebot wesentlich unter dem Bundesdurchschnitt. Der größte Engpaß besteht bei Lehrstellen für weibliche Schulabgänger vor allem im kaufmännischen Bereich.

Ein Mädchen, das Bank-, Büro- oder Einzelhandelskaufmann werden will, hat kaum eine Chance. Die Zahl der offenen Ausbildungsstellen im Einzelhandel sank innerhalb eines Jahres von 153 auf 11. Beim Arbeitsamt Bremerhaven befürchtet man die gleiche Situation auch für andere Berufe. Bei der Elektroindustrie zum Beispiel sind von 150 geeigneten Bewerbern nur 15 unterzubringen. Man rechnet damit, daß es bald mehr Ausbildungswillige als Plätze gibt. Schon jetzt sind 180 Jugendliche zwischen 14 und 16 arbeitslos.

Immer weniger Firmen sind bereit. Lehrlinge auszubilden — eine bundesweite Entwicklung die sich vor allem dort bemerkbar macht, wo ein Großteil der Ausbildung bisher durch Klein- und Mittelbetriebe geleistet wurde, wie das in Bremerhaven der Fall ist. Und gerade die Klein- und Mittelbetriebe sind es, die die erhöhten Anforderungen des Berufsbildungsgesetzes nicht erfüllen können oder wollen. Die ständige Kritik an der betrieblichen Ausbildung und eine allgemeine Verunsicherung durch die Reformpläne der Bundesregierung sind zusätzlicher Anlaß für viele Betriebe, sich resigniert zurückzuziehen.

Verschärft wird die Situation noch durch den Numerus clausus an den Hochschulen. Immer mehr Abiturienten interessieren sich für Ausbildungsstellen, die bisher von Realschülern belegt wurden. Dadurch werden die Realschüler bedrängt. Die Folge: Hauptschüler, die keinen guten oder gar keinen Schulabschluß haben — in Bremerhaven sind das immerhin 28 Prozent —, finden kaum noch Ausbildungsmöglichkeiten. Ihre Zukunft ist ungewiß, denn nicht einmal Hilfsarbeiterstellen stehen zur Verfügung.

Das Arbeitsamt will mit verschiedenen Firmen und Institutionen Alternativlösungen entwickeln. Aber man steht erst am Anfang. 2000 der 4000 Schulabgänger im Arbeitsamtsbereich Bremerhaven werden sich in diesem Jahr um einen Ausbildungsplatz bemühen. Sie werden die volle Tragweite dieser Situation zu spüren bekommen. H. N.

Stiefkinder FR 25.2.74

Zwei Nachrichten kreuzten sich „zufällig": Die Bundesanstalt für Arbeit meldete, im Jahr 1972/73 sei die Zahl der Lehrstellen für Lehrlinge um ein Drittel zurückgegangen, und aus Bonn erklangen die ersten scharfen Töne gegen einen hausinternen Entwurf des Bundesbildungsministeriums, in dem die Lehrlingsausbildung neu geregelt werden soll.

Die Zufälligkeit hat System. Seit Wochen bereits kommt von Wirtschaftsseite beim Stichwort „Neuregelung der Berufsausbildung" der eindringliche Hinweis, wenn das in Bonn so weitergehe, dann stünden künftig immer mehr Lehrlinge vor verschlossenen Türen. Mit der Ausbildungsverweigerung, für die Lehrlinge selbst ein verschärfter Numerus clausus, drohten die Industrie- und Handelskammern bereits im Herbst vergangenen Jahres, um die Bundesregierung abzuschrecken, die „Markierungspunkte für eine Reform der beruflichen Bildung" (die Grundlage für die jetzige Gesetzesneufassung) zu verabschieden.

Die Bundesanstalt für Arbeit, in deren Hierarchie sich kaum Sozialliberale befinden, führt dieses gefährliche Spiel, das die Jugendlichen ausbaden würden, weiter: Sie setzt Zahlen in Umlauf, die Eltern und Schüler beunruhigen und Unwillen über die Reformpolitik der Bundesregierung auslösen können.

Unbestritten ist, daß die Zahl der Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist. Die Bundesanstalt aber macht sich zum Handlanger einer gezielten Einschüchterungspolitik, wenn sie ohne exakte und aufgeschlüsselte Daten operiert. Sie muß beispielsweise Auskunft darüber geben, in welchen Branchen die Ausbildung eingestellt worden ist, in welchen Regionen, bei welchem Angebot und bei welcher Nachfrage. Die Ausbildungsschwerpunkte des Jahres 1955 konnten nicht mehr die des Jahres 1974 sein. Diese einleuchtende Feststellung sollte auch Programm bei der Ausbildungs- und Berufsberatung der Anstalt selbst sein.

Es ist zu fragen, was denn im Interesse der Lehrlinge getan worden ist, um zu langfristig sinnvollen Ausbildungsschwerpunkten zu kommen. Erst wenn diese Antworten vorliegen, ist zu beurteilen, ob die Bundesanstalt und die Wirtschaft mit den Zahlen Politik betreiben wollen, oder ob sie aus Sorge um die Lehrlinge handeln. Werden die Auskünfte verweigert, darf sich die Wirtschaft nicht wundern, wenn von staatlicher Seite, aus echter Sorge über die bisherigen Stiefkinder, die so geschmähte „Verstaatlichung der Berufsausbildung" betrieben wird. jr

ZUR PLENUMSDISKUSSION 13

Seit zwei Mittwochsplenen diskutieren wir über Emanzipation. Schon die inhaltliche Bestimmung dessen, was unter Ema nzipation zu verstehen ist, macht erhebliche Schwierigkeiten . Die Definition von Emanzipation als Aufhebung der Entfremdung ist zwar in dieser Allgemeinheit einleuchtend , aber bereits bei der Beschreibung dessen, was Entfremdung ist, setzen sich die Schwierigkeiten fort.
Eine weitere Frage ist, wovon will man sich emanzipieren und wohin ? Schließlich gibt es zwei entgegengesetzte Standpunkte, was den Zeitpunkt der Emanzipation angeht. Die eine Auffassung hat zum Inhalt, daß sich die Emanzipation erst nach der gesellschaftlichen Umwälzung besonders der ökonomischen Basis erreichen lasse. In der kapitalistischen Gesellschaft sei dagegen an Emanzipation - also Aufhebung nicht nur der entfremdeten Arbeit, sondern auch der entfremdeten vom Tauschwert bestimmten Beziehungen - gar nicht zu denken.
Man bleibt also der, der man ist und ackert verbissen für den Sozialismus, bedient sich kapitalistischer Rationalit t in der politischen Arbeit und will, daß die Kinder es einmal besser haben werden. (Hoffentlich sind sie nicht undankbar. Man kann sich aber drauf verlassen, daß sie's sein werden, wenn Sozialismus auch mit Schuldbewußtsein und diesmal allerdings mit " sozialistischer Moral " daherkommt. Wieder Triebverzicht, wieder Triebaufschub, Sublimierung mittels politischer Arbeit, der bürgerliche Anal-Charakter feiert fröhliche Urständ. Dieser Sozialismus möge uns bitte erspart bleiben.)
Soweit der Standpunkt , der die Emanzipation als spätere Angelegenheit ansieht und die "Arbeiterklasse" als Alibi dafür vor sich herträgt, daß man sich auf keinen Fall jetzt schon verändern muß. Die Arbeiterklasse allein ist zuständig für die allerdings "gesellschaftliche" Emanzipation. Sie wird damit den objektiven Bedingungen zugeschlagen. Man kann nichts tun, jedes subjektive Emanzipationsbemühen ist nach dieser Auffassung idealistisch. Diese Leute haben natürlich auch kein Verhältnis zu ihren eigenen Bedürfnissen, sie leben nur selbstaufopferungsvoll dem Volke dienend, zu dem man freilich selbst nie gehört. Das Volk - sind immer die anderen

Entsprechend der zweiten Auffassung muß aber "unser Kampf um die Emanzipation als Aufhebung der Entfremdung immer ein doppelter sein: einmal gegen die kapitalist sche Warenproduktion, zum anderen gegen die aus ihr hervorgehenden Verkehrsformen. Während der Kampf gegen die ökonomischen Basis dies Gesellschaft erst langfristig mit dem Umsturz dieser Basis erfolgreich sein kann, können wir heute bereits den Kampf um neue nicht entfremdete Verkehrsformen aufnehmen, wir müssen es sogar, wenn wir beginnen wollen,wie Menschen zu leben und die Kraft entwickeln wollen, diese Gesellschaf radikal zu verändern. Menschliche Verkehrsformren sind also die Grundlage des Kampfes. Sie machen erst einen kompromißlosen Kampf möglich. In ihnen finden wir Rück halt und eine neue kollektive Sicherheit, die uns hilft, revoluti näre Energie, Kreativität und Pha tasie zu entwickeln."(GUM-Positionspapier, S.4)
Soweit der Anspruch. Wie sieht ab die Realität aus? Auf dem Mittwochsplenum war auch die Rede von den Führern, die es in jeder Gruppe gibt und von dem Problem, wie man diese Führer abschaffen kann. Wie verhält sich aber die Gruppe, wenn von den Führern nun auch noc die Emanzipationsproblematik entdeckt und der Gruppe als Lernpensum verordnet wird. Machen sich d Führer, indem sie Emanzipation un Gruppenkulturrevolution als "Etappenziel"angeben, nun gänzlich unangreifbar ? Ein GRUPPENFÜHRER

sprach daher auch eher resigniert über die Möglichkeit von Emanzipation. Ganz sicher ist - und dem wurde auch von allen zugestimmt, daß man sich nicht gänzlich unter kapitalistischen Bedingungen emanzipieren kann. Das hatte aber auch niemand im Plenum behauptet. Vielmehr ist Emanzipation ein ständiger Kampf um Kollektivität, um Emotionalität und Sensibilität (hier wurde die Notwendigkeit einer autonomen Frauenbewegung dargestellt, was verständlicherweise bei einigen Genossen auf heftige Abwehr stieß. Es wäre ja auch seltsam, wenn die Unterdrücker ihrer Abschaffung noch applaudieren würden.)
Der Kampf um Emanzipation (sowohl kurz- als auch langfristig der zentrale Inhalt des Sozialismus) läßt sich aber nicht nur mit Worten führen und seien sie noch so wohlüberlegt. Daran krankte bisher das Plenum. Emanzipation bedeutet vor allem ein verändertes Verhalten(sicher auch bei Diskussionen) in der politischen Arbeit. Un d nur in dieser umwälzenden Praxis läßt sich Emanzipation schrittweise verwirklichen. Zwar ist der Erfahrungsaustausch im Plenum und sind die Gruppenberichte außerordentlich wichtig, aber tatsächlich werden wir uns erst verändern und uns gegenseitig verändernd kennenlernen, wenn wir gemeinsam kämpfen, wenn wir Inhalte haben, an denen wir uns organisieren. Das könnte unser nächster Zwischenschritt sein. Denn wir lernen uns erst richtig kennen in der praktischen Arbeit, wenn wir darangehen, den formulierten Anspruch einzulösen.

i.f.

INFO 2

Haben wir für das INFO 1 noch drei Tage gebraucht(Tippen, Abziehen usw.), beanspruchte diese Nummer nur noch sechs Stunden (ohne Zusammenlegen). Zum Teil lagen die Artikel schon getippt vor, was künftig hoffentlich die Regel sein wird. Wir machten die Überschriften, klebten alles zusammen und brachten es dem Druckerkollektiv.

Wenn das Büro an diesem Wochenende eingerichtet ist, werden wir wahrscheinlich noch weniger Zeit benötigen. Das INFO läuft allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Gruppen mitarbeiten und Artikel liefern. Die Artikel sollten mit gutem Farbband zweispaltig (nicht zu dicht an den Rand) geschrieben werden. Am oberen Rand bitte Platz für die Überschriften lassen. Alle wichtigen Nachrichten können ab Montag, den 11.März 74 ins Büro im SZ durchgegeben werden. Das Büro ist von Montag bis Freitag von 17-19 Uhr besetzt. Die mitarbeitenden Gruppen haben jeweils einen Wochentag übernommen, an dem sie einen Vertreter ins Büro schicken.
Schwierigkeiten haben wir noch mit dem Vertrieb. Über die Möglichkeit, das INFO zu abonnieren, müssen wir noch genauer diskutieren. Das INFO ist einmal in den Linken Buchläden zu haben, dann über die verschiedenen mitarbeitenden Gruppen und andere Verteilerstellen in den Stadtteilen (Stadtteilgruppen oder selbstverwaltete Jugendzentren z.B. Drugstore, Putte usw.)
Wir bitten euch, macht davon Gebrauch, daß wir Kleinanzeigen zunächst kostenlos abdrucken - alles mögliche, was ihr sucht oder loswerden wollt.
Wenn ihr irgendwelche interessanten aktuellen Zeitungsausschnitte habt, schickt uns die bitte zum Abdruck zu.

HIER SCHREIBEN WIR NOCHMAL GANZ DICK HIN, DASS WIR AUF EURE MITARBEIT ANGEWIESEN SIND!

Sybille Plogstedt vom Berufsverbot bedroht !

WESTBERLIN, den 7.3.74

Ein normaler Vorgang: eine Forschungsstelle wird ausgeschrieben. Die Bewerbungen gehen ein. Das Institut, die Fachgruppe schlägt vor. Der Fachbereichsrat beschließt. Der Präsident prüft und stellt ein.
Diesmal läuft es anders: Auschreibung, Bewerbung, Beschluß -so weit so gut. Dann hakts aus. Der Wissenschaftssenator erfährt - auf welchem dunklen Weg auch immer- daß eine sozialistische Wissenschaflerin als Mitarbeiterin in einem Forschungprojekt angestellt werden soll. STEIN greift ein. Der Präsident weist den Eingriff zurück.

Daraufhin untersagt Senator STEIN mit Schreiben vom 22.2.1974 der Freien Universität,Frau Sybille Plogstedt als Angestellte für eine Forschungstätigkeit am Osteuropa-Institut einzustellen.

Sybille Plogstedt sollte an einem auf 10 Monate begrenzten Forschungsprojekt über die innerbetriebliche Situation der UdssR von 1925-1935 mitarbeiten, das keine Lehrtätigkeit einschließt.

In der "Begründung" dieses erneuten Berufsverbotes an der Freien Universität wird nicht die fachliche Qualifikation der Diplom-Soziologin Sybille Plogstedt infragegestellt. Der Senator wirft Frau Plogstedt vielmehr mangelhafte Verfassungstreue vor. Sie sei Mitglied der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), einer Gruppe, die -wie jedermann weiß- nicht als verfassungsfeindlich verboten ist. Frau Plogstedt sei darüberhinaus Herausgeberin der Zeitschrift "DIE INTERNATIONALE", sie vertrete die Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung und wolle eine klassenlose Gesellschaft in Berlin einführen.

Wie sich die Gesichter gleichen: Hatte im Jahre 1970 die tschechoslowakische Staatsgewalt Frau Plogstedt wegen ihres Eintretens für die Selbstbestimmung des arbeitenden Volkes zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt und 1 1/2 Jahre inhaftiert, so will jetzt der Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin Sybille Plogstedt wegen ihrer politischen Überzeugungen von der Forschung an der Freien Universität Berlin ausschließen.

Offensichtlich versucht STEIN, angetrieben von konservativen Kräften in SPD und CDU, noch ehe der Universität ein novelliertes Universitätsgesetz aufgezwungen ist, dem Präsidenten schon jetzt die Dienstherrenrechte zu beschneiden, wo er nur kann. Dabei kümmern ihn das Gesetz und das Grundgesetz einen Dreck. Kurzerhand will er die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit der Forschung abschaffen, wenn ihm die Nase eines Wissenschaftlers nicht paßt.

Der Präsident der FU hat mit Recht am 27.2.1974 beim Verwaltungsgericht Berlin gegen diesen skandalösen Eingriff des Senators Klage eingelegt.

KOMITEE für POLITISCH VERFOLGTE

Sybille Plogstedt vom Berufsverbot bedroht !

WESTBERLIN, den 7.3.74

Ein normaler Vorgang: eine Forschungsstelle wird ausgeschrieben. Die Bewerbungen gehen ein. Das Institut, die Fachgruppe schlägt vor. Der Fachbereichsrat beschließt. Der Präsident prüft und stellt ein.
Diesmal läuft es anders: Auschreibung, Bewerbung, Beschluß -so weit so gut. Dann hakts aus. Der Wissenschaftssenator erfährt - auf welchem dunklen Weg auch immer- daß eine sozialistische Wissenschaflerin als Mitarbeiterin in einem Forschungprojekt angestellt werden soll. STEIN greift ein. Der Präsident weist den Eingriff zurück.

Daraufhin untersagt Senator STEIN mit Schreiben vom 22.2.1974 der Freien Universität,Frau Sybille Plogstedt als Angestellte für eine Forschungstätigkeit am Osteuropa-Institut einzustellen.

Sybille Plogstedt sollte an einem auf 10 Monate begrenzten Forschungsprojekt über die innerbetriebliche Situation der UdssR von 1925-1935 mitarbeiten, das keine Lehrtätigkeit einschließt.

In der "Begründung" dieses erneuten Berufsverbotes an der Freien Universität wird nicht die fachliche Qualifikation der Diplom-Soziologin Sybille Plogstedt infragegestellt. Der Senator wirft Frau Plogstedt vielmehr mangelhafte Verfassungstreue vor. Sie sei Mitglied der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), einer Gruppe, die -wie jedermann weiß- nicht als verfassungsfeindlich verboten ist. Frau Plogstedt sei darüberhinaus Herausgeberin der Zeitschrift "DIE INTERNATIONALE", sie vertrete die Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung und wolle eine klassenlose Gesellschaft in Berlin einführen.

Wie sich die Gesichter gleichen: Hatte im Jahre 1970 die tschechoslowakische Staatsgewalt Frau Plogstedt wegen ihres Eintretens für die Selbstbestimmung des arbeitenden Volkes zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt und 1 1/2 Jahre inhaftiert, so will jetzt der Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin Sybille Plogstedt wegen ihrer politischen Überzeugungen von der Forschung an der Freien Universität Berlin ausschließen.

Offensichtlich versucht STEIN, angetrieben von konservativen Kräften in SPD und CDU, noch ehe der Universität ein novelliertes Universitätsgesetz aufgezwungen ist, dem Präsidenten schon jetzt die Dienstherrenrechte zu beschneiden, wo er nur kann. Dabei kümmern ihn das Gesetz und das Grundgesetz einen Dreck. Kurzerhand will er die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit der Forschung abschaffen, wenn ihm die Nase eines Wissenschaftlers nicht paßt.

Der Präsident der FU hat mit Recht am 27.2.1974 beim Verwaltungsgericht Berlin gegen diesen skandalösen Eingriff des Senators Klage eingelegt.

KOMITEE für POLITISCH VERFOLGTE